

Wochenblatt

für
Wilsdruff, Tharandt, Rossen,
Siebenlehn und die Umgegenden.
Amtsblatt

für das Königliche Gerichtsamt Wilsdruff und den Stadtrath daselbst.

N^o 59.

Dienstag den 1. August

1871.

Bekanntmachung,

die Interimsverwaltung der Amtshauptmannschaft Dresden betreffend.

Nachdem das Königliche Ministerium des Innern beschlossen hat, die Interimsverwaltung der Amtshauptmannschaft Dresden während der Beurlaubung des Herrn Amtshauptmanns von Bieth dem Herrn Regierungs-Referendar von Meisch vom 24. dieses Monats an zu übertragen und demgemäß das Nöthige verfügt worden ist, so wird Solches für Alle, welche mit der genannten Amtshauptmannschaft in geschäftlicher Beziehung stehen, hierdurch bekannt gemacht.
Dresden, am 25. Juli 1871.

Königliche Kreis-Direction.
von Weber.

Hübler.

Tagesgeschichte.

Wilsdruff, den 31. Juli 1871.

Die Ergänzungswahlen zu unserer Zweiten Kammer (dieselbe wird auch nach dem neuen Wahlgesetz nur zu $\frac{1}{2}$ alljährlich erneuert) stehen wahrscheinlich nahe bevor. Man erwartete sie eigentlich schon im Juli. Sie sind diesmal von besonderer Wichtigkeit, theils weil ihr Ausfall, wenn er den liberalen Fractionen günstig ist, diesen eine starke und feste Mehrheit in der Kammer verschaffen kann, da sie beim letzten Landtage immer und erst eine zweifelhafte und oft schwankende hatten, theils weil gerade dieser Landtag an wichtigen Gesetzesvorlagen fruchtbar zu werden verspricht. Das vom vorigen Landtage erlassene allgemeine Schulgesetz wird zur Berathung gelangen, und was man darüber hört, läßt die besten Hoffnungen Betreffs seines Inhaltes schöpfen. So soll den kirchlichen Organen als solchen nur über den Religionsunterricht in der Schule die Aufsicht vorbehalten, im Uebrigen die Controle der Schulen theils sachkundigen, theils solchen Elementen anvertraut werden, welche die bürgerliche Gemeinde und die Familie repräsentiren. In ähnlichem zeitgemäßen Sinne soll die neue Gemeinde- und Bezirksverfassung organisiert werden, unter wesentlicher Berücksichtigung der für erstere von Streit und Genossen, für letztere von Biedermann und Genossen beim vorigen Landtage gestellten Anträge.

Wie die „Dr. N.“ hören, hat das Gesamtministerium der von Hunderten von Staatsdienern unterschriebenen Petition um Wiederherstellung des Staatsdiener-Pensionsgesetzes, wie solches das bürgerfreundliche Ministerium von Lindenau erlassen hatte, zugestimmt. In dem Entwurf des Staatsbudgets, das dem nächsten Landtage vorgelegt werden wird, sollen auch die hierdurch notwendig werdenden finanziellen Umänderungen bereits berücksichtigt worden sein.

Die Magdeburger Feuerversicherungs-Gesellschaft hat, der „L. Z.“ zufolge, nachdem sie in allen drei Instanzen übereinstimmend zur Zahlung der 120,000 Thlr. der Versicherungssumme des abgebrannten Dresdner Hoftheaters verurtheilt worden, am letzten Tage der ihr statutenmäßig zustehenden einmonatlichen Zahlungsfrist am 21. Aug. in Dresden die Zahlung geleistet.

Röhschenbroda. Bereits wieder einmal weht der Wind über die Steppeln; da gegen Ende voriger Woche an mehreren Stellen mit dem Kornschnitt begonnen wurde; das Einbringen der Garben hat in Folge der letzten heftigen Gewitterregen freilich mannigfache Verzögerungen erlitten, doch ist dies im Allgemeinen wohl keinesfalls von Nachtheil. Ueber den Korntrug verlautet, daß das heutige Ergebnis eine gute Mittelernte verspricht. Was die neuen Kartoffeln anlangt, so wird deren Güte, sowie reiche Bestockung allgemein gelobt, auch bereits damit ein recht lebhafter Handel, besonders hinauf in die Freiburger und Chemnitzer Gegend getrieben. Der Scheffel genannter Knollenfrucht galt in den letzten Tagen 3 Thlr.

Leipzig, 28. Juli. In einer von der social-demokratischen Partei für gestern Abend in die Westendhalle einberufenen, äußerst zahlreich besuchten Volksversammlung, in welcher Bebel den Vorsitz

führte, sprach Liebknecht ziemlich 3 Stunden lang ununterbrochen über die Pariser Commune, die er natürlich außerordentlich herausstrich; alle ihr zur Last gelegten Scheußlichkeiten, Brandstiftung, Plünderung, Expropiation u. dergleichen wurden theils als Lügen hingestellt, theils durch Phrasen zu beschönigen versucht; Paris sollte sich nach Angabe des Redners nie einer größeren Ruhe und Freiheit erfreut haben, als unter der Commune! Liebknecht hätte wohl noch länger zum Ruhme derselben gesprochen, allein die Polizei hatte angeordnet, daß die Versammlung um 11 Uhr geschlossen werden müsse, eine Anordnung, die Herr Bebel durchaus nicht gerechtfertigt fand und wegen der er Beschwerde führen will. Da Herr Liebknecht übrigens noch viel auf dem Herzen hat, was zu sagen ihm durch diese polizeiliche Maßregel unmöglich gemacht wurde, so sollen die weiteren Aufklärungen über die Vortrefflichkeit der Commune in einer zweiten, nächsten Woche abzuhaltenen Volksversammlung gegeben werden.

Löbnitz, 28. Juli. Heute früh zog man den Leichnam des 10 $\frac{1}{2}$ Jahre alten Schulknaben Th., Sohn eines hiesigen Hausbesizers, aus dem Teiche des Gutsbesizers H. Es ist fast mit Gewißheit anzunehmen, daß den Unglücklichen eine Drohung mit Prügel zu diesem verzweiflungsvollen Schritte getrieben hat, denn er hatte der Gans eines fremden Besizers, die in dem Gehöfte seines Herrn, des Gutsbesizers H. hier, umherlief, den Garaus gemacht. Wähten doch Alle aus diesem traurigen Falle die Mahnung nehmen, Drohungen in Anwesenheit der zu bestrafenden Kinder zu vermeiden.

Der Strike der Maurer in Berlin gewinnt immer mehr an Wichtigkeit und Bedeutung und sein Ausgang dürfte für die Wendung der Arbeiterfrage in Deutschland entscheidend werden. Die Berliner Maurer- und Zimmermeister haben, wie schon erwähnt, in einer Versammlung gemeinsamen und ausdauernden Widerstand gegen den Strike beschlossen und sich in einem Aufruf an alle Bauherren und Baugesellschaften um Unterstützung gewendet. Sie erklären, den Normalarbeitstag von zehn Stunden und den Minimallohnfuß von einem Thaler vom 1. Januar 1872 an bewilligen zu wollen, keineswegs aber sogleich, was die Arbeiter durch den Strike zu erzwingen beabsichtigen. Nur acht Meister konnten sich in Folge verschiedener Zwangslagen, zu denen auch der Parlamentsbau gehört, der Coalition der Meister nicht anschließen. Die Meister sind überzeugt, daß es für sie eine Existenzfrage ist, diesen Strike zu überwinden, weil dann sonst ein Strike dem Andern folgen würde. Dies geben sie auch dem Bau-Publikum zu bedenken und bitten dasselbe in dessen eigenem Interesse nicht auf der strieten Geltendmachung der Bau-Contracte zu bestehen, denn die Niederlage der Meister in diesem Strike müßte sich bald auch in den Kosten der Häuserbauten und in den Preisen für die Miethe fühlbar machen. Dagegen wird auch unter den Arbeitern von den Social-Demokraten Alles daran gesetzt, um den Strike durchzuführen. Sonntags fand eine socialdemokratische Versammlung, unter dem Voritze des neuen Präsidenten des Arbeitervereins, Hasenclever, statt, in welcher mit großer Entschiedenheit erklärt wurde, daß man durch diesen Strike die Regelung der Arbeiterfrage erzwingen müsse. Ein Redner, der nur ein wenig anderer Meinung zu sein wagte und u. A. den Normal-Arbeitstag als eine